

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner
Rat

An den
Vorsitzenden des Ausschusses
Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
Herrn Michael Zimmermann

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 15.12.2008

AN/2566/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen	17.12.2008

Ergebnis der Nachprüfung der im 1. Veränderungsnachweis zum Stellenplan 2008/2009 aufgeführten Mehrstellen - Freigabe der für das Jahr 2009 erforderlichen Stellen, DSNr. 3139/2008

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Änderungsantrag zu o.a. Verwaltungsvorlage in die Tagesordnungen des Finanzausschusses am 15.12.08 und der Sondersitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen am 17.12.08 aufzunehmen:

Der vorliegende **Beschlusstext** wird wie folgt geändert:

1. Ausgehend von o.a. Verwaltungsvorlage beschließt der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen die Bedarfsanerkennung von 396,68 Stellen gemäß **Anlage** zum Änderungsantrag; Zusätzlich werden 10 Stellen bis 31.12.2009 und 6,5 bis 31.12.2010 gemäß Aufstellung in der Anlage befristet; 1,5 Stellen unterliegen einer Stellensperre (vgl. Anlage).
2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der für das Jahr 2009 erforderlichen 396,68 Stellen im Rahmen des Haushalts 2008/2009.
3. Evtl. Änderungen seitens der Verwaltung aufgrund aktueller Entwicklungen während der Geltungsdauer des Stellenplans 2008/2009 bedürfen der Beschlussfassung des Fach- und Finanzausschusses.

Begründung:

Die inzwischen absehbare Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch die Finanzmarktkrise mit rezessiven Tendenzen in 2009 veranlasst die Antragsteller zur Zurückhaltung in Hinblick auf das Aufwandsvolumen im Ergebnisplan 2009, da eine signifikante Verminderung der Steuereinnahmen in 2009 nicht auszuschließen ist.

Dies ist ein wesentliches Motiv den von der Verwaltung vorgeschlagenen Stellenzuwachs zu begrenzen und in Fällen, wo es sinnvoll ist, Befristungen vorzusehen

Die von der Verwaltung vorgelegte und vom Rat am 13.11.2008 gebilligte Mittelfristplanung geht bereits beim heutigen Erkenntnisstand in der Ergebnisplanung von einem negativen Ergebnis von 102,4 Mio Euro in 2009 und von 124,2 Mio Euro in 2010 aus.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Josef Müller
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Michael Zimmermann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer

Anlage: Änderungen zur Verwaltungsvorlage (DS-Nr. 3139/200) im Einzelnen